

Vrāth Öhner

Tagungsbericht: "Open Access to Digital Archives and the Open Knowledge Society"

Der freie Zugang zu digital gespeichertem Wissen – der zentralen Ressource der so genannten Informations- oder Wissensgesellschaft – stand im Mittelpunkt der internationalen Konferenz *Open Access to Digital Archives and the Open Knowledge Society*, die am 21. und 22. Oktober 2005 in den Räumen der Hauptbücherei der Büchereien Wien stattfand. Vor dem Hintergrund einer Demokratisierung des Wissens aufgrund neuer technischer Möglichkeiten und zugleich einer zunehmenden Ökonomisierung von digitalen Gütern ging es den VeranstalterInnen dabei in erster Linie um einen Überblick über zentrale Fragestellungen, die mit der Forderung nach freiem Zugang verbunden sind: Fragen, die sowohl die Produktion und die Verbreitung, als auch den Schutz des digital gespeicherten Wissens berühren. Neben den im engeren Sinn kultur- und geisteswissenschaftlichen Fragestellungen kamen also vor allem technologische, juristische und nicht zuletzt ökonomische Aspekte zur Sprache.

In ihrem inhaltlichen Ablauf gliederte sich die Tagung in drei Grundsatzreferate, die den argumentativen Rahmen weit aufspannen und den darauf folgenden vier thematisch gruppierten Blöcken – zu rechtlichen Fragen, zu internationalen Modellen, zu Fallstudien und zur Kommunikation des freien Zugangs – vielfältige Bezugspunkte liefern sollten. Zum Auftakt hob Alfred Pfoser, Leiter der Büchereien Wien, in seinem Eröffnungsreferat die zentrale Rolle hervor, welche die öffentlichen Bibliotheken in Vergangenheit und Gegenwart für den freien Zugang zu Wissen gespielt hatten, bzw. nach wie vor spielen, sofern sie sich der „digitalen Herausforderung“ stellen. Hatte Pfoser die digitale Verbreitung von Büchern bereits als Agens einer offeneren und partizipativeren Form von Wissenschaft bezeichnet – das Buch stelle nicht mehr das Ende eines wissenschaftlichen Prozesses, sondern den Beginn einer wissenschaftlichen Diskussion dar –, brachte John Wilbanks, Geschäftsführer von *Science Commons*, mit seiner Unterscheidung zwischen offenem und öffentlichem Zugang die veränderte Situation auf den Begriff: Veröffentlichen bedeutet nach Wilbanks' Verständnis nämlich noch nicht, dass auch freier Zugang zum Wissen besteht. Trotz Veröffentlichung kann der Zugang zu Wissen erschwert sein: etwa durch den Umstand, dass Nutzungsgebühren anfallen (wie bei einer Vielzahl von wissenschaftlichen Magazinen) oder dadurch, dass das Wissen in einer Form vorliegt, die keinen vollständigen Zugriff ermöglicht. Letzteres verhindere, so Wilbanks, die Bildung von „semantischen Netzen“ (wie etwa „Google“ eines ist) und erschwere somit die Suche entlang von semantischen Verknüpfungen nach dem für die Forschung wirklich brauchbaren Material. Ersteres sei Ausdruck einer zunehmenden Privatisierung des Wissens, die unter anderem dazu führe, dass heute etwa in der genetischen Forschung 50 Prozent der bereits vorliegenden Daten von den Labors einbehalten werden: Eine Verdoppelung schon bestehenden Wissens bzw. eine Verlangsamung des Forschungsprozesses sind die Folge. Wäre diese Situation an sich schon bedenklich, wird sie vollends unhaltbar, wenn sowohl an der Finanzierung der Forschung als auch an der Erhaltung der wissenschaftlichen Infrastruktur (Bibliotheken) öffentliche Gelder beteiligt sind, das dabei produzierte Wissen aber nicht frei zugänglich gemacht wird: Von dieser Situation profitieren nämlich vor allem die wissenschaftlichen Verlage, die, indem sie von den WissenschaftlerInnen das Copyright und von den Bibliotheken Abonnementsgebühren erhalten, zu Nutznießern von öffentlichen Investitionen werden, die gar nicht für sie bestimmt waren.

Während die wissenschaftlichen Verlage gegenwärtig von der Digitalisierung des Wissens noch zu profitieren scheinen, sieht die Lage im Bereich der Musikindustrie bereits anders aus: Wie Peter Rantasa, Geschäftsführer des MICA in Wien, ausführte, sei die Musikindustrie der erste Industriezweig gewesen, der mit den Auswirkungen der Digitalisierung voll konfrontiert wurde. Mit dem Begriff der *Disruptive Technology* bezeichnete Rantasa eine Entwicklung, welche dabei ist, die angestammten Machtpositionen innerhalb der traditionellen Wertschöpfungskette im Musikgeschäft nachhaltig zu verschieben bzw. überhaupt auszulöschen. Diese Entwicklung werde sich ebenso wenig durch verschärfte Copyright-Bestimmungen aufhalten lassen wie durch die verstärkte Durchsetzung derselben; das Überleben der Musikindustrie werde vielmehr von ihrer Fähigkeit abhängen, den KünstlerInnen und KonsumentInnen nützliche Dienste anzubieten.

Als Teil einer seit dem Ende des Kalten Kriegs stetig wachsenden Kluft zwischen Amerika und Europa wollte Oliver Rathkolb, Leiter des Demokratiezentrums Wien, die europäischen Reaktionen auf Googles Library-Projekt verstanden wissen: Wieder einmal wurde über eine vergleichbare europäische Initiative erst zu einem Zeitpunkt nachgedacht, als Google sein Projekt schon längst gestartet hatte. Darüber hinaus schienen die Reaktionen eher von der Sorge um den möglichen Verlust der europäischen Definitionsmacht über seine Geschichte und Kultur motiviert, als von ernsthaften Bemühungen darum, der zunehmenden Privatisierung des Wissens entgegenzutreten. In diesem Sinn plädierte Rathkolb denn auch für die Entwicklung von politischen und ökonomischen Strategien, die freien Zugang zu relevantem Wissen auch unter den gegenwärtigen Bedingungen weiterhin garantieren können, wo das Wissen zu einer entscheidenden Ressource im ökonomischen Konkurrenzkampf geworden ist.

Rechtliche Fragen

Den thematisch um rechtliche Fragen gruppierten Block der Veranstaltung eröffnete Andreas Wiebe, Leiter der Abteilung für Informationsrecht und Immaterialgüterrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien, mit einer Diskussion der rechtlichen Probleme, die sich beim Schutz geistigen Eigentums durch Lizenzen wie etwa *Creative Commons* ergeben. Wiebe deutete deren Entstehen als Symptom für die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Copyright-Gesetzgebung. Für eine echte Alternative mochte Wiebe diese Lizenzen aber nicht halten, da sie beispielsweise den Schutz von geistigem Eigentum von der rechtlichen auf die vertragliche Ebene verschieben und ihre Rechtsverbindlichkeit nicht garantieren können. Darüber hinaus dürfe auch der Gesetzgeber nicht aus seiner Aufgabe entlassen werden, für einen Ausgleich der Interessen zu sorgen. Diese Ansicht wurde auch von Michael Pilz, Rechtsanwalt in Wien, geteilt, dessen Referat die Problematik des Copyrights aus der Sicht der Rechtsanwälte zum Gegenstand hatte. Warum, so fragte Pilz, wird geistiges Eigentum so gut geschützt? – Weil es erstens immateriell ist (es kommt bei der Regelung von Copyright-Streitigkeiten auf Anwälte und Richter an) und zweitens ein großes Geschäft. Historisch hatte sich die Copyright-Gesetzgebung zwischen den Polen Verwertungs- und Autorenrecht hin und her bewegt, weshalb der Versuch, den Zugang zu Wissen zu vergesellschaften, nicht auf Kosten der Autorenrechte gehen sollte.

Der Beitrag von Christian Recht von der Rechtsabteilung der Österreichischen Nationalbibliothek beschäftigte sich unter anderem mit den Auswirkungen der europäischen Copyright-Gesetzgebung auf die Digitalisierungsprojekte europäischer Bibliotheken. Recht stelle dabei sowohl das Fehlen rechtsverbindlicher Verpflichtungen für den Schutz von Forschung und öffentlichem Zugang fest, als auch eine unzureichende Harmonisierung der Copyright-Gesetzgebung im digitalen Bereich. Den Abschluss des mit rechtlichen Fragen befassten Blocks bildete die Präsentation einer praktischen Anwendung: Michael Nentwich vom

Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Wiener Akademie der Wissenschaften stellte eine Datenbank zu Urheberrechtsfragen vor, die sowohl Experten, als auch Laien einen Weg durch die zum Teil äußerst komplizierte Rechtslage weisen soll. Teil des vom WWTF geförderten Forschungsprojekts *Creative Access*, ist die Datenbank zweisprachig aufgebaut und soll in ihrer letzten Ausbaustufe nicht nur die Urheberrechtsgesetzgebung in Österreich und Deutschland, sondern auch auf EU-Ebene und in den USA berücksichtigen.

Internationale Modelle

Einen Überblick über die Geschichte des Publizierens gab Jean-Claude Guédon von der Universität Montreal. Er verglich die Copyright-Gesetzgebung, die im Gefolge der digitalen Revolution eingesetzt hatte, mit der Reaktion der Adeligen auf das Entstehen der Druckerpresse: Deren Ablehnung der neuen Verbreitungstechnik gründete im Verlust von Privilegien durch die Demokratisierung des Wissens. Aufklärung nannte man die damit verbundene Bewegung. Dass Aufklärung immer auch etwas mit Selbstaufklärung zu tun hat, davon berichtete Thorsten Schilling von der Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn. Der Erfolg des Wikipedia-Modells sei nicht alleine technologisch zu begründen, sondern das Resultat eines um Transparenz bemühten Aushandlungsprozesses: Lesbarkeit und Verständlichkeit sind hier zwar mit dem Anspruch auf weitgehende wissenschaftliche Genauigkeit verbunden, zugleich wird dadurch aber die Vorläufigkeit jedes Eintrags betont. Für die Benutzer der Netz-Enzyklopädie bedeutet das, dass die Entscheidung, ob sie einem Eintrag Glauben schenken oder nicht, von ihrem eigenen Urteilsvermögen abhängt. Selbstaufklärung meint genau dies: eine Unterscheidung selbst zu treffen, die bisher von der wissenschaftlichen Autorität gedruckter Enzyklopädien präjudiziert wurde. István Rév vom Open Society Institut in Budapest schließlich führte die Tendenz in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten, das Urheberrecht vor allem unter eigentumsrechtlichen Gesichtspunkten zu diskutieren, auf einen kulturell tief verankerten „retroaktiven Antikommunismus“ zurück. Wie allerdings bereits die antike Prometheus-Sage zeige, sei das Wissen nicht ohne Diebstahl zu säkularisieren, so Rév.

Fallstudien

Die den Fallstudien gewidmete Sektion eröffnete David Ferriero, Leiter der Forschungsbibliotheken der New York Public Library, mit einer Darstellung des Google-Library-Projekts aus der Sicht einer in dieses Projekt involvierten Institution. Nach der Ansicht von Ferriero gehe es Google mit seinen verschiedenen Digitalisierungsprojekten primär um die Herausforderung des Copyrights. Hier sind Gerichtsverfahren anhängig. Unabhängig von deren Ausgang würde Ferriero die Entscheidung darüber, ob die Kooperation mit Google ein „buy in“ oder ein „sell out“ ist, aber den einzelnen Bibliotheken selbst, bzw. der Zukunft überlassen. Eine mit dem Google-Library-Projekt durchaus verwandte, wenn auch weniger umfangreiche Initiative präsentierte Christa Müller von der Österreichischen Nationalbibliothek: ANNO (AustriaN Newspapers Online) ist ein Digitalisierungsprojekt der ÖNB, das Zeitungen aus dem Zeitraum zwischen dem 18. Jahrhundert und 1935 online zugänglich macht. 2,5 Millionen Zeitungsseiten sollen dabei digitalisiert werden; gegenwärtig werden pro Woche zirka 25.000 Seiten gescannt.

Ogleich die Initiative der ÖNB vorbehaltlos zu begrüßen ist, könnte die Entscheidung, die Zeitungsseiten als Bilder ins Netz zu stellen – trotz der geäußerten Absicht, diese zu verschlagworten – sich als Hindernis erweisen für die zukünftige Abrufbarkeit des gespeicherten Wissens: Wie Andrey Rzhetsky, Mitarbeiter am Institut für Biomedizinische Informatik der Columbia Universität, in seinem Beitrag eindrucksvoll darstellte, ist Text-Mining von der Existenz semantischer Netze abhängig, die eine Volltextsuche ermöglichen. Semantische Netze wiederum hätten das Potential, die wissenschaftliche Forschung zu revolutionieren: 99 % der

publizierten Forschungsergebnisse würden sich nämlich, wie eine unter der Mitarbeit von Rzhetsky durchgeführte Studie ergab, als unnötig erweisen für die zugrundeliegende Fragestellung. Die immanente Entwicklung eines Forschungssegments gehorche, so Rzhetsky, dem Gesetz der fallenden Profitrate: Der erste Artikel sei der entscheidende, was nachfolgt, orientiert sich eher an diesem, bzw. an den übrigen Vorgängern, die „Realität“ verschwinde zunehmend hinter dem Diskurs. Rzhetskys Argument: Innerhalb seines Samples gab es kaum Widerspruch zwischen den einzelnen Veröffentlichungen (d.h. es kam zu einer spontanen Kanonbildung). In der Wissenschaft dominiere, wie überall sonst auch, Reputation über Empirie. Darüber hinaus präsentierte Rzhetsky ein anschauliches Modell der „Knowledge-pockets“, in denen Wissen zwar entsteht, die aber über einen notwendig verkürzten Horizont verfügen. Diesen Horizont ein wenig auszuweiten, das, so Rzhetsky, sei die Hoffnung, die sich mit semantischen Netzen verbinde.

Kommunikation

Ein Stück weit scheint diese Hoffnung von den öffentlichen Forschungsförderungsinstitutionen bereits geteilt zu werden: Wie Falk Reckling, Leiter der Abteilung Human- und Sozialwissenschaften des FWF, hervorhob, unterstützt die zentrale Institution zur Förderung wissenschaftlicher Forschung in Österreich seit einiger Zeit aktiv die Politik des Open Access: Dazu gehört nicht nur die Förderung von Open-Access-Publikationen, die sich einer Qualitätskontrolle unterzogen haben (peer review), sondern auch das Ausüben von Druck auf die wissenschaftlichen Verlage, eine Zweitverwertung als Open-Access-Publikation zu erlauben, bzw. eine Archivierung der Forschungsergebnisse unter Open-Access-Gesichtspunkten zu ermöglichen. Denn, so Reckling, in der Grundlagenforschung hänge Innovation von der Zugänglichkeit, dem Grad an Aufmerksamkeit, der Geschwindigkeit, mit der Ergebnisse publiziert werden, sowie von den Kosten ab, die für Forschungsergebnisse mit Qualitätsnachweis entrichtet werden müssen.

Auf einer Tagung, die sich praktisch ausschließlich dem freien Zugang zu Wissen gewidmet hatte, durfte schließlich auch die Sichtweise der Verlage nicht fehlen. Diese brachte Michael Huter, Vorstandsmitglied des Österreichischen Verlegerverbands, zur Sprache – wenn auch auf eine dem Thema der Tagung angemessene, moderate Weise: Open-Access sei weniger eine Philosophie, denn ein Geschäftsmodell, mit dem auch die Verlage sich auseinandersetzen hätten. Neben dem traditionellen Subskriptionszugang würden gegenwärtig Modelle diskutiert werden, die offenen Zugang erst nach einer bestimmten Zeit gewähren, bzw. Modelle, bei denen es vom Autor abhängt, ob er sich für Open Access entscheidet (und entsprechende Zahlungen leistet). Es sei, so Huter, vor allem der mangelnden Kommunikation auf Verlagsseite zuzuschreiben, dass in der Diskussion über freien Zugang die Rolle der Verlage bei der Produktion von zusätzlichem Wert im Publikationsprozess (etwa durch das Lektorat oder die Erzeugung von Aufmerksamkeit) zu kurz gekommen sei.

Wollte man die auf der Tagung vorgebrachten Positionen bündig zusammenfassen, es würde sich – jedenfalls im Bereich der Wissenschaft – wohl ein eindrucksvolles und von einer Vielzahl von Argumenten gestütztes Plädoyer für den Ausbau und die weitere Verbreitung von Open-Access-Modellen ergeben. Ebenso deutlich wurde aber auch, dass diesem breiten Konsens im Sachlichen sowohl die von der Politik geschaffenen rechtlichen Rahmenbedingungen widersprechen, als auch einige der grundlegenden Prinzipien der gegenwärtig dominierenden neoliberalen Ökonomie: So bleibt die Forderung nach freiem Zugang zu Wissen auch im Bereich der Wissenschaft eine, die weniger mit der kurz bevorstehenden Verwirklichung desselben rechnet, als vielmehr der zunehmenden Privatisierung des Wissens Alternativen entgegensetzen will.